

Vier Monate nach der Veröffentlichung der "Erklärung von Damaskus" sahen sich ihre Initiatoren aufgrund der Welle von Kritik gezwungen, eine "Zusatzerklärung" zu veröffentlichen. Das zeugt sicher von der Flexibilität der Initiatoren, von ihrer Dialogbereitschaft sowie von ihrer Fähigkeit, Kritiker in ihren Reihen aufzunehmen, was auch deshalb bedeutsam ist, weil es hektische Versuche gegeben hatte, parallel eine "Erklärung von Aleppo" zu veröffentlichen, die all jene unter einen Hut bringen sollte, die sich nicht an der "Erklärung von Damaskus" beteiligt hatten. Gleichzeitig ist dieser Schritt aber auch ein Beweis dafür, wie unbedacht wichtige Fragen behandelt worden waren und wie schnell man von grundlegenden und entscheidenden Standpunkten abrückte.

Die Erklärung von Damaskus

Ein wichtiger Schritt, aber ein gefährlicher Diskurs

Von Ahmad Hissou

Mußten erst dutzende kritische Artikel geschrieben werden, damit die Initiatoren der "Erklärung von Damaskus" begriffen, "daß Syrien mit Krisen und außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert ist, die sich in den amerikanischen und zionistischen Hegemonialbestrebungen in der Region" manifestieren, wie es nun in der Zusatzerklärung heißt? Nicht nur das, es ist sogar die Rede von "höchst gefährlichen Plänen, die zu Instabilität und Krieg führen ...".

Wenn es so simpel ist, warum haben die Initiatoren dann vier Monate gebraucht, um diese Zusatzerklärung zu veröffentlichen, nachdem sie sich in der ursprünglichen Erklärung damit begnügt hatten, lediglich von "Gefahren" zu sprechen, ganz so, als ob diese die Folge der Politik des Regimes, ja, vom Regime selbst verursacht seien, und ohne einen Hinweis auf die Rolle der USA und Israels in der Region?

Ein weiterer Punkt, der mit dem Libanon zusammenhängt, muß gleichfalls überdacht werden: In der Erklärung wird auf die Isolation hingewiesen, in die das Regime das Land manövriert habe "infolge seiner zerstörerischen, abenteuerlichen und kurzsichtigen Politik

sowohl auf arabischer wie auf regionaler Ebene, ganz besonders im Libanon ...". Dieser Vorwurf ist zuerst einmal vollkommen allgemein. Ist damit die Politik des Regimes im Irak oder in Bezug auf die Palästinafrage gemeint? Geht es jedoch um den Libanon, hätten die Initiatoren ihre Kritik unbedingt konkretisieren müssen. Sich damit zu begnügen zu schreiben, daß diese Politik nicht "auf höheren nationalen Interessen basierte" ist unklar und führt zu Mißverständnissen. Wären die Initiatoren der Erklärung etwa mit einer Herrschaft der syrischen Geheimdienste im Libanon zufrieden gewesen, wenn dies alles auf dem Wege höherer syrischer nationaler Interessen geschehen wäre?

Die strittigste Frage in der "Erklärung von Damaskus" aber ist die Rolle, die dem Islam zukommt. Die Syrer werden bezüglich ihrer Religion in "Ich und der Andere" geteilt, obwohl mehrmals betont wird, daß man "eine Demokratie als ein modernes System mit internationalen Werten und Grundlagen" anstrebe, das heißt, eine Demokratie nach westlichem Vorbild und nicht eine "Demokratie, die auf dem System der islamischen Schura basiert", zu der einige Gruppierungen des politischen Islam aufrufen.

Wörtlich heißt es: "Der Islam ist die Religion der Mehrheit. Er ist... der wichtigste Faktor im Leben von Volk und Umma... Die anderen Religionsgemeinschaften und ihre Kulturen und Besonderheiten - welchen Glaubens oder welcher Richtung oder Ideologie auch immer - werden besonders geschützt."

Warum diese Unterscheidung zwischen der Religion der Mehrheit und der Religion der Minderheit, wenn die Initiatoren der "Erklärung von Damaskus" doch einen demokratischen Nationalstaat anstreben? Natürlich ist bekannt, daß entscheidende Fraktionen unter den Initiatoren der "Erklärung von Damaskus" das syrische Regime beschuldigen, ein Minderheitensystem zu sein, das sich auf die Religionsgemeinschaft der Alawiten stützt. Aber muß sich die Alternative dann unbedingt auf die muslimische sunnitische Mehrheit stützen? Waren nicht die Initiatoren der "Erklärung von Damaskus" die ersten, die im Irak die Bildung eines Regierungsrates auf der Grundlage von Konfessionen verurteilt hatten?

Dies ist ein gefährlicher Diskurs, und er ist neu für die syrische Opposition, die sich früher von religiösen Konflikten ferngehalten hat. Und er bildet die Grundlage für ein

konfessionelles System, egal, wie gut die Absichten der Initiatoren auch sein mögen. Man fragt sich auch, warum die Religion unbedingt in einem Text erwähnt werden muß, der auf einer nichtreligiösen Grundlage basiert. Wenn die Rede vom Islam als der Religion der Mehrheit eine altbekannte Tatsache ist, warum wird dies dann in einer Erklärung erneut betont, die einmal die Verfassung des Landes werden könnte?

Vielleicht um, wie es heißt, die Muslimbrüder zu besänftigen, damit sie sich der Erklärung anschließen? Das wäre höchst problematisch. Die Initiatoren der Erklärung hätten den Muslimbrüdern keine Zugeständnisse machen dürfen, die zur Spaltung des syrischen Volkes führen könnten. Sie hätten im Gegenteil von ihnen eine deutliche Anerkennung eines demokratischen Systems und eines friedlichen Machtwechsels einfordern müssen, wie es in der Erklärung mehrmals erwähnt wird.

Diese Anmerkungen sollen jedoch nicht über die vielen positiven Ansätze der Erklärung hinwegtäuschen, denn die Initiatoren selbst gehören zu den wichtigsten Gruppierungen der syrischen Gesellschaft, und ihre Übereinstimmung auf eine gemeinsame Grundlage, so allgemein sie auch gehalten ist, ist ein wichtiger Schritt in der Geschichte der syrischen Opposition.

Der positivste Punkt der Erklärung aber ist vielleicht der objektive Umgang mit der kurdischen Frage und die klare Stellungnahme gegen das Regime, denn die "Erklärung von Damaskus" macht Schluß mit der verwässerten Sprache, die alle Schriften der syrischen Opposition seit der Machtübernahme Bashar al-Asads im Jahr 2000 auszeichnen. Diese Erklärung bricht mit der Politik des Regimes und stellt sich selbst als glaubwürdige Alternative dar.

Ahmad Hissou, syrischer Journalist. Aus dem Arabischen von Larissa Bender.